



Energie- und Umweltökonom: Christoph Böhringer

Ein Gesetz und viele Fragen

Teures EEG: Christoph Böhringer untersucht die wirtschaftlichen Folgen von Politikreformen. Auf seine Simulationsmodelle greift inzwischen die Bundesregierung zurück

Die Ziele des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) klingen ambitioniert. Bis 2025 soll der Strom in Deutschland zu 40 Prozent aus Wind, Wasser, Sonne oder Biomasse kommen. Tatsächlich geht der Ausbau voran: Knapp sieben Prozent betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung im Jahr 2000, als das EEG eingeführt wurde. 2013 waren es schon 25 Prozent. Ist das EEG also eine Erfolgsgeschichte? Nein, sagt die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission „Forschung

und Innovation“ (EFI). „Eine Fortführung des EEG“, so schreiben die sechs Autoren in ihrem Anfang des Jahres an die Bundeskanzlerin überreichten Bericht, sei „weder aus Klimaschutzgründen noch durch positive Innovationswirkungen zu rechtfertigen“.

Eine Aussage, die in der Presse für große Aufregung gesorgt hat. Mitformuliert hat sie der Oldenburger Volkswirtschaftler Christoph Böhringer. Ihn zählte die F.A.Z. 2013 zu den in der Wissenschaft einflussreichsten – weil von anderen

Forschern besonders häufig zitierten – Ökonomen Deutschlands. Mitglied der Expertenkommission „Forschung und Innovation“ ist Böhringer seit 2012. Warum ist das EEG so kritisch zu sehen, Herr Böhringer?

Als wesentlichen Punkt führt der Wissenschaftler an: Mit dem EEG werde kein zusätzlicher Klimaschutz erreicht. „In der EU sind die Kohlenstoffdioxid-Emissionen für energieintensive Branchen durch ein Emissionshandelsystem gedeckelt. Dafür ist die Menge

an Emissionsrechten festgeschrieben.“ Das EEG stärke den Ausbau erneuerbarer Energien in der deutschen Stromversorgung, ja. Es vermeide europaweit jedoch nicht zusätzlich Kohlenstoffdioxid-Emissionen, sondern verlagere sie lediglich in andere Sektoren und europäische Länder.

Aber sorgt das EEG nicht dafür, dass es mehr Innovation gibt? Auch dieses häufig in der Öffentlichkeit bemühte Argument sieht Böhringer kritisch. In vielen Ländern sind die Patente in den erneuerbaren Energietechnologien während der vergangenen Jahre stark gestiegen. Das ist auch in Deutschland so, und zwar besonders bei den Wind- und Photovoltaik-Technologien. „Dieser Anstieg der Innovationsaktivität in Deutschland ist aber nicht kausal auf das EEG zurückzuführen“, so Böhringer. „Es gibt keinen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen Innovationsaktivität und dem EEG.“

Böhringer hat vor allem die enormen Kosten des Gesetzes im Blick. „Die Diskussion über eventuelle Vorteile müssen wir auch und gerade vor diesem Hintergrund führen.“ Dass das EEG die erneuerbaren Energien auf etwa 25 Prozent der deutschen Stromerzeugung im Jahr 2013 fördere, sei die eine Seite. Die andere Seite seien die Kosten durch die EEG-Umlage von inzwischen jährlich 23 Mrd. Euro. „Die durchschnittlichen Stromverbraucherpreise lassen sich inzwischen zu mehr als einem Fünftel auf den zu zahlenden Umlagebeitrag aus der EEG-Förderung zurückführen.“

Kritische Ursache-Wirkungsanalysen aus ökonomischer Sicht, wie die Bestandsaufnahme des EEG: Sie stehen im Mittelpunkt der Forschungsaktivitäten von Böhringer. Er greift regulatorische Maßnahmen auf, spielt ihre ökonomischen Folgen in Simulationsmodellen durch. Wie wirken sich wirtschaftlich Markteingriffe wie Steuern oder Importquoten auf Industriebranchen und Haushalte aus? Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer von Politikreformen? Sind die Reformen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sinnvoll?

Den Weg in die volkswirtschaftliche

Forschung hatte Böhringer ursprünglich gar nicht geplant. Zunächst studiert er Wirtschaftsingenieurwesen in Karlsruhe, will sich in seiner Promotion mit ingenieurtechnischen Themen beschäftigen, so auch mit der Frage, wie das Netz ausgelegt sein muss, wenn mehr Strom aus erneuerbaren dezentralen Energiequellen zugeführt wird. Doch der Leiter

„Für mich war es ein konsequenter Schritt, nach Oldenburg zu gehen.“

des Instituts für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) an der Universität Stuttgart ermuntert ihn, die Umgestaltung des Energiesystems eher aus volkswirtschaftlicher Sicht zu analysieren. Böhringer erhält ein Stipendium für einen halbjährigen Forschungsaufenthalt am international renommierten Institut für angewandte Systemanalysen (IIASA) in Laxenburg in der Nähe Wiens. Und beschäftigt sich hier mit energiewirtschaftlichen Fragen wie der Deregulierung von Strommärkten oder Klimaschutzstrategien.

Es ist so etwas wie ein wissenschaftlicher Weckruf. In Laxenburg knüpft er Kontakte zu führenden Professoren in der gesamtwirtschaftlichen Systemmodellierung. Von ihnen lernt er über weitere Aufenthalte in den USA jenes Rüstzeug kennen, das er bei seinen heutigen Arbeiten anwendet: Wie man zentrale volkswirtschaftliche Zusammenhänge in numerischen Simulationsmodellen abbildet und damit angewandte Politikanalysen betreibt.

Böhringer promoviert 1995 an der Universität Stuttgart in Volkswirtschaftslehre, leitet dann eine Forschungsgruppe zu „Energiewirtschaftliche Analysen“. 1999 wird er Leiter des Forschungsbereichs Umwelt- und Ressourcenökonomik sowie Umweltmanagement am Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Mit bis zu 30 wissenschaftlichen Kräften und Mitarbeitern heißt es jetzt neben Forschen auch Führen. „Ein größerer Teil meiner Zeit wurde für Mitarbeiterausbildung,

Drittmittelakquise, Strategiepläne, internationale Netzwerke et cetera in Anspruch genommen.“ Parallel habilitiert er sich 2002 im Fach Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg. Anfang 2004 wird er als ordentlicher Hochschulprofessor an die Universität Heidelberg berufen. Und dann kommt der Ruf nach Oldenburg: Anfang 2007 übernimmt Böhringer dort den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik.

„Für mich war es ein konsequenter Schritt, nach Oldenburg zu gehen. Denn die Oldenburger Volkswirtschaftslehre ist im Bereich der umweltökonomischen Forschung in Deutschland führend.“ So bezeichnet das Handelsblatt Oldenburg schon 2007 als „die heimliche Hauptstadt der umweltökonomischen Forschung in Deutschland“. 2010 erreichen die Oldenburger Volkswirtschaftler gemessen an ihren Publikationen die Spitzenstellung in Deutschland. Und zu den drei Wissenschaftlern, die es unter die Top 100 im Handelsblatt-Ranking schaffen, gehört auch Böhringer. Zusammen mit seinen Kollegen arbeitet er daran, die Oldenburger Wirtschaftswissenschaften im Schwerpunkt Nachhaltigkeit weiter zu profilieren. Im CHE-Ranking landet das Fach 2014 gleich mehrfach in der Spitzengruppe.

Böhringers Expertise ist gefragt – gerade in Zeiten, wo sich viele nicht sicher sind, wie es mit der Energiewende weiter gehen soll. Dass die Versorgung auf erneuerbare Energien umzustellen ist, stehe dabei nicht zur Diskussion, so Böhringer. Doch es gebe offene Fragen, wie die Wende zu gestalten sei, vor allem, was die Geschwindigkeit, die Wahl der Regulierungsinstrumente und die damit verbundenen Belastungen für die Bürger betreffe. „Wissenschaftlich eindeutig beantworten lassen sich die Fragen nicht. Es braucht auch normative Abwägungen von gesellschaftspolitischen Nutzen und Kosten“, so Böhringer. Die Wissenschaft aber könne einen Beitrag dazu leisten, Argumente auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen – so wie in dem EEG-Gutachten der Expertenkommission. (me)